

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Leipzig, Raben & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangirung monatlich 2,00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 15281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).
Interesse sind im voraus zu bezahlen. Eine Berücksichtigung zur Aufnahme an vorerlebten Tagen kann nicht angenommen werden. Für Briefbelegung 20 Pf.

Nr. 153.

Dresden, Montag den 7. Juli 1919.

30. Jahrg.

Sowjets in Italien.

Arbeiterherrschaft in Florenz.

Vern, 5. Juli. Abant meldet aus Florenz: Die Arbeiterherrschaft ist Herrin der Stadt. Sämtliche von der Menge mit Gewalt beschlagnahmte Lebensmittel werden zu den von der Arbeiterkammer festgesetzten Preisen abgegeben. Ein großer Teil wurde der Bevölkerung des Erdbebengebietes überwiesen, weil sich die Hilfsaktion der Regierung für die nach Tausenden zählenden obdachlosen Familien vollkommen unzureichend erwiesen hat.

Bei den Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht wurde in die Luft geschossen. Die Kavallerie weigerte sich, die Menge anzugreifen. Die vielen neuentstandenen örtlichen Sowjets zur Regelung der Lebensmittelversorgung sind der Schwierigkeiten Herr geworden und haben sich überall durchgesetzt. Dem Beispiele der Romagna wird das übrige Italien folgen. In Palermo suchte die Regierung der Volksbewegung gegen die Forderung dadurch zuvorzukommen, daß sie fürgerhand 21 bekannte Lebensmittelhändler ins Gefängnis werfen ließ.

Auch auf dem Lande kam es in den Provinzen Mittelitaliens zu heftigen Konflikten zwischen den Grundbesitzern und den Angehörigen der Arbeiterkammern, die in Autos Lebensmittel zu beschlagnahmen suchten. Die Grundbesitzer wehrten sich mit der Waffe, so daß auch vom Lande zahlreiche Verbote gemeldet werden.

Arbeitsaufnahme in Frankfurt a. M. und Darmstadt.

Wohl den Berlinern haben nun auch die Frankfurter Eisenbahnarbeiter den Streik abgebrochen. Doch werden auch von ihnen alle Forderungen unberührt aufrecht erhalten. Der bisherige Streik wird als „Übung“ betrachtet. Die Resolution, die den Abbruch des Streiks empfiehlt, hat folgenden Wortlaut:

Der Abbruch des Streiks wird empfohlen. Die Forderungen werden aufrechterhalten, besonders das Verlangen nach dem Räte-System als innere Betriebsorganisation. Die gesamte Kollegenschaft wird aufgefordert, sich für eine Einheitsaktion bereitzustellen. Vor der Öffentlichkeit erklärt die Versammlung; getreulich sprechen die

Streikenden ihren Entschluß aus, daß der Streikabbruch nur ein Waffenstillstand sein wird, falls das Ministerium nicht innerlich zu einer Verständigung die Hand bietet. Der neue Streik würde den gesamten Eisenbahnbetrieb erfassen. Die Streikenden erklären ferner, daß jeder Versuch und jede Maßnahme der Verharmlosung, die am Streik beteiligten Arbeiter, Hilfsbedienten und Beamten zu drohen, zu entlassen oder sonst irgendwie zu schädigen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zurückgewiesen werden wird. Wir warnen auch die öffentlichen Behörden, aus Anlaß von Streikhandlungen irgendwelche Strafmaßnahmen einzuleiten. Der Streik wird sofort wieder aufgenommen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit ist heute früh erfolgt. Die Darmstädter Eisenbahner sind zu dem gleichen Entschlusse gelangt.

Es ist zu hoffen, daß sich nun auch die Lage in Hannover, wo man verhandlungsbereit ist, sowie in Wittenberg, Silesheim und den übrigen am Streik beteiligten Städten bessert. In Wittenberg wurde die Durchführung der Lebensmittelzüge von Regierungstruppen, gemeinschaftlich mit den Zugführern, durchgeführt. In Hamburg soll heute entschieden werden, wie sich die dortigen Eisenbahner zum Streik stellen.

Die geplante Eroberung Wiens.

Wien, 6. Juli. Der Neue Tag veröffentlicht noch angeblich authentischen Dokumenten, die aus der ungarischen Gesandtschaft in der Bankgasse stammen sollen, einen ausführlichen Plan zur Eroberung Wiens durch eine kommunistische Streitmacht aus Ungarn, welche über 14 500 Gewehre und Karabiner, 200 Maschinengewehre und 150 Geschütze verfügen sollte. Ein Handgranaten und Dynamit umfassendes Depot von ihr befand sich in der Bankgasse. Es war ein genauer Plan zur Besetzung jedes einzelnen Wiener Bezirks ausgearbeitet.

Im Zusammenhang mit dieser aufsehenerregenden Meldung stehen Enthüllungen, die unser Genosse Friedrich Adler vor einigen Tagen im Wiener Arbeitererrat machte, und die sich mit dem heute veröffentlichten Plans im allgemeinen decken.

ta listen dies verhindern, und später konnten keine Wohnungen mehr gebaut werden, weil man die noch vorhandenen Baustoffe und Arbeitskräfte zur Herstellung der Kriegsbauten brauchte.

Und warum werden heute, warum wurden seit Beendigung des Kriegs keine Wohnungen gebaut? Seit der Demobilisierung der Armeen fallen wieder zehntausende Bauarbeiter, die gerne arbeiten möchten, als Arbeitslose der öffentlichen Unterstützung zur Last. Warum werden sie nicht zum Nutzen der ganzen Vorkriegszeit, die doch den weitestgehend größten Teil unseres Volkes ausmacht, in Tätigkeit gesetzt?

Zum Teil ist das auf die Baustoffknappheit zurückzuführen, an der jene Arbeiter nicht unschuldig sind, die die Kohlenförderung sabotiert und damit das Brennen von Holz und Biegeln unmöglich gemacht haben. Das Stilllegen der privaten Wohnungsbautätigkeit ist aber auch heute noch vor allem darauf zurückzuführen, daß die Kapitalisten am Wohnungsbau kein Interesse haben, weil der Bau von Wohnungen heute weniger als je Profit einbringt. Der Profit regiert in der kapitalistischen Gesellschaft die Welt, und nicht das Bedürfnis! Und bei den heutigen hohen Baustoffpreisen und den verhältnismäßig hohen Arbeiterlöhnen wäre heute der Wohnungsbau nur dann profitabel, wenn die Mieten gegen früher um das Doppelte oder Dreifache erhöht werden könnten. Da eine solche Mietpreissteigerung solange nicht durchzuführen ist, als nicht auch die Mietpreise für die alten Wohnungen auf annähernd die gleiche Höhe gestiegen sind, so lassen die Privatkapitalisten die Hände vom Wohnungsbau.

Es ist unter diesen Umständen bringende Pflicht des Reichs sowie der Einzelstaaten und Gemeinden, mehr als bisher für den Bau von Wohnungen, besonders für den Bau von Kleinwohnungen, zu tun. Das Reich hat bis jetzt 800 Millionen Mark zur Abführung der Baukostenüberwälzung und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues gestellt. Die Einzelstaaten und die Gemeinden haben zusammen ungefähr das gleiche getan. Diese Summen sind wohl bis auf einen kleinen Rest verbraucht; sie reichen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in dem Umfange, wie dies zu einer ernsthaften Bekämpfung der Wohnungsnot und der allgemeinen Mietsteigerung notwendig ist, nicht im entferntesten aus.

Reich, Einzelstaaten und Gemeinden können auf diesem Gebiete tun, was das Privatkapital niemals tun wird. Sie müssen ja ohnehin Milliardensummen für öffentliche Unterstellungen zahlen. Es ist widersinnig und läßt sich unmöglich rechtfertigen, daß man auf der einen Seite infolge Mangel an Mitteln die Arbeitskraft zehntausender Arbeiter des Baugewerbes, der Baustoffindustrien und der Tonwarengewerbe brach liegen läßt, und auf der andern Seite Millionen über Millionen an Arbeitslosenunterstützung zahlt. Man werde diese Summen endlich an, um die Wohnungsbautätigkeit in großem Maßstab in Gang zu setzen und wirtschaftliche und kulturelle Werte für die Zukunft zu schaffen. Die Rohstoffe für den Wohnungsbau sind im Lande; an ihrer Gewinnung kann uns kein Mangel an Schiffraum und keine politische Kavalas hindern. Mögen endlich Reich, Einzelstaaten und Gemeinden auf diesem Gebiete selbst mehr Initiative entwickeln und für die Gelder, die sie jetzt für unproduktive Zwecke ausgeben, selber Baustoffe herstellen und für ihre Arbeiter und Angestellten Wohnungen bauen. Sie erfüllen damit nicht nur ihre soziale Pflicht ihren Arbeitern gegenüber, sondern sie bekämpfen damit auch wirksam die allgemeine Wohnungsnot und den Wohnungswander. Sie wirken auf die Verbesserung des Wohnungsstandes hin, schaffen Arbeit für unsere Arbeitslosen und legen damit den Grund für einen Aufschwung unserer Volkswirtschaft. Denn kein Gewerbe vermag bekanntlich soviel andere Gewerbe und Industrien in Abhängigkeit zu setzen, wie das Baugewerbe.

Soweit Reich, Einzelstaaten und Gemeinden nicht selber bauen wollen oder können, müssen sie den gemeinnützigen Baugenossenschaften ausreichende Mittel zum Bau von Kleinwohnungen zur Verfügung stellen. Sind diese Mittel auf anderem Wege nicht zu beschaffen, so wäre zu erwägen, ob sie nicht dadurch beschafft werden können, daß man den Vermietern alter Wohnungen einen Teil des während der Mieterrücklage abnimmt, der heute infolge der Wohnungsnot in ihre eigenen Taschen fließt und in Zukunft in noch höherem Maße in ihre Taschen fließen wird. Es wären auf diesem Wege Hunderte von Millionen zu beschaffen, die zum Bau neuer Wohnungen verwendet werden könnten.

Verhandlungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie.

Aus Weimar meldet D. L. B.: Ein Berliner Blatt bringt von hier die Meldung, ein Schulkompromiß sei zwischen der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung abgeschlossen worden, und es wird der angebliche Wortlaut des Kompromisses mitgeteilt. Demgegenüber wird von untermittelter Seite festgestellt. Ein Kom-

Mietsteigerung und Wohnungsnot.

Von H. Gillingen.

Wohl nichts ist umstände, das Wesen unserer kapitalistischen Wirtschaft greller zu beleuchten, als unsere gegenwärtige Wohnungsnot. Seit Jahren müssen in Deutschland hunderttausende Familien in menschenunwürdigen Wohnstätten hausen und Tausende können überhaupt keine Wohnung im Deutschen Reich von Hochzeiten auf eine Million geschätzt, und der Bedarf ist zur Zeit noch ständig im Wachsen.

Für die Hausbesitzer bedeutet ein solcher Zustand Hochkonjunktur. Auf Grund der Tatsache, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Wohnungen eine Ware sind, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage richtet, steigern sie die Mieten allenthalben. Raum hat sich der Mieter mit einer neuen Mietsteigerung abgefunden, ist der Hausbesitzer schon wieder mit einer neuen Forderung da. Und stets weiß er seine Forderungen glänzend zu begründen — vorausgesetzt, daß er diese Mühe überhaupt für notwendig hält. Die Steigerung der Reparaturkosten der Materialpreise und der Arbeitslöhne und auch dann zur Begründung dienen, wenn sich der Hausbesitzer um die Ausführung von Reparaturen unter allen Umständen zu drücken weiß. Als weitere Gründe dienen die Erhöhung der Hypothekenzinsen, die Steigerung der Verwaltungskosten — die Entwertung des Geldes und — in Häusern mit Heizanlagen — ganz besonders die Steigerung der Kohlenpreise.

Es ist nicht zu bestreiten, daß in vielen Fällen einzelne dieser Gründe stichhaltig sind und daß häufig eine Erhöhung der Mieten berechtigt ist, wenn man den Hausbesitzern nicht überhaupt die Existenzberechtigung absprechen und ihr Eigentum konfiszieren will. Auch Genossenschaften müssen heute, wenn sie ihre Wohnungen in Ordnung halten und ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Geldgebern erfüllen wollen, die Mieten erhöhen, und der Staat oder die Gemeinden das müßten, wenn sie alle Wohnungen übernehmen wollten, das gleiche tun, sofern sie nicht die Differenz zwischen Miet- und Unterhaltungskosten aus öffentlichen Mitteln decken wollten. Aber bei den Mietforderungen der meisten Hausbesitzer handelt es sich nicht nur um einen Ausgleich für die gesteigerten Unterhaltungskosten; ihr Ziel ist vielmehr die allg. eine Aufrechterhaltung der Mieten, die gleichbedeutend ist mit einer Höherbewertung ihres Grundbesitzes und einer dauernden Steigerung ihrer Grundrente. Dazu soll ihnen die Wohnungsnot ebenso dienen, wie den ländlichen Grundbesitzern während des Krieges die Nahrungsmittelnot des deutschen Volkes zur Erhöhung der Lebensmittelpreise

und zur Steigerung der ländlichen Grundrente dienen mußte. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß bei der Fortdauer der jetzigen Wohnungsnot die Mieten ins Unerträgliche steigen werden. Wenn den Hausbesitzern nicht die Mietsteigerungsämter und andere Körperlichkeiten bei der Verfolgung ihrer selbsttätigen Ziele im Wege stünden, hätten wir es heute schon nicht mehr um Mietsteigerungen von durchschnittlich 15 bis 20 Prozent zu tun, sondern längst um solche von 100 und mehr Prozent. Auf die Dauer werden aber bei der Fortdauer und Steigerung der jetzigen Wohnungsnot auch die Mietämter und Mietsteigerungsämter die meisten Steigerungen der Mietpreise nicht verhindern können.

Müßte nun die heutige Wohnungsnot überhaupt entstehen? Und warum geschieht nichts oder nicht genug, um sie zu beseitigen und durch einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt den Wertsteigerungen entgegenzuwirken?

Die Wohnungsnot mußte in der kapitalistischen Gesellschaft unter den obwaltenden Umständen entstehen. Nach Ausbruch des Krieges wurde die Wohnungsbautätigkeit fast überall in Deutschland so gut wie ganz stillgelegt. Warum? Einfach deshalb, weil der Bau von Wohnungen nicht mehr profitabel war. Infolge der Auslösung dieser Haushalte fanden damals viele Wohnungen leer, und somit die Hausbesitzer ihre Wohnungen vermietet hatten, sahen sie sich in vielen Fällen zur Gewährung von Mietnachlässen gezwungen. Unter diesen Umständen hörte die Vermietung von Wohnungen auf, ein profitables Geschäft zu sein, und damit hörte auch die Möglichkeit der Profitgewinnung beim Wohnungsbau und der Anreiz zum Wohnungsbau auf. Er hörte um so mehr auf, als damals die Kapitalisten Gelegenheit hatten, ihre Kapitalien in der Kriegswirtschaft auf Kosten des Reiches mit Riesengewinnen „arbeiten“ zu lassen. Damals herrschte noch kein Mangel an Baustoffen und auch kein Mangel an Arbeitskräften; im Gegenteil: damals hielten noch hunderttausende Arbeiter des Baugewerbes, der Baustoffindustrien und der Nebengewerbe als Arbeitslose der öffentlichen Unterstützung zur Last. Da Deutschland in normalen Zeiten für seine Bevölkerungswachstum jährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen brauchte — abgesehen von dem Erlaß für den Abgang alter Wohnungen — so war schon damals bei Kriegsende eine Wohnungsnot als Folge der Stilllegung der Wohnungsbautätigkeit voraussehbar. Aber damals wurde nicht gebaut, weil das Profitinteresse der Kap-